

NZZ Online

Donnerstag, 13. März 2008, 10:24:32 Uhr, NZZ Online

Nachrichten > Zürich

11. März 2008, Neue Zürcher Zeitung
Sitzung des Kantonsrates

Der Kanton Zürich wird reicher – zumindest auf dem Papier

Ab 2009 werden neue Rechnungsstandards angewendet – Kritik von ganz rechts und ganz links

Wahrheitsgetreu und transparent soll sie sein, die Rechnung des Kantons Zürich. Das werde mit einem neuen Regelwerk namens IPSAS besser als bisher erreicht, fand die Mehrheit des Kantonsrates. Es führt dazu, dass der Kanton künftig mehr Eigenkapital ausweist.

kg. Man traute seinen Ohren nicht am Montag im Kantonsrat: Seit Jahren verlangt die SVP, der Staat müsse sich an der Privatwirtschaft orientieren, müsse schlanker, fitter, effizienter werden. Und dann das: «Der Staat ist eben keine Firma», rief Theo Toggweiler (svp., Zürich) in den Saal. Mit dieser Begründung wandte er sich dagegen, dass der Kanton Zürich für die Darstellung seines Finanzhaushalts künftig ein neues Regelwerk anwendet – eines, das Grundsätze aus der Privatwirtschaft übernimmt. IPSAS heisst dieses Regelwerk, was die Abkürzung ist für «International Public Sector Accounting Standards». Man traute seinen Ohren aber auch aus einem anderen Grund nicht. Sämtliche SVP-Vertreter in der Finanzkommission hatten der Einführung von IPSAS zugestimmt, die Fraktion ging dann aber in die Opposition und sagte im Rat Nein, zusammen mit der EDU, den beiden Vertretern der Alternativen Liste und ein paar Sozialdemokraten. Trotzdem resultierte mit 98 zu 73 Stimmen ein deutliches Ja.

Liegenschaften werden höher bewertet

Konkret ging es um die Rechnungslegungsverordnung, die nötig wurde, weil der Kantonsrat vor zwei Jahren ein neues «Gesetz über Controlling und Rechnungslegung» (CRG) angenommen hatte. Die Verordnung regelt, nach welchen Standards die Verwaltung ab dem kommenden Jahr

Budget, Finanzplanung und Rechnung gestaltet. Wären die Standards bereits früher angewendet worden, hätte der Kanton per Ende 2006 ein Eigenkapital von 6,9 Milliarden Franken ausgewiesen; gemäss den immer noch geltenden Regeln waren es nur 2,2 Milliarden Franken. Mit IPSAS erhöht sich auch der Wert der Liegenschaften im Verwaltungsvermögen, jener Liegenschaften also, die der Kanton nicht veräussern kann und will. Und schliesslich dürften die Schwankungen zwischen den einzelnen Jahresergebnissen grösser werden.

Woran stiessen sich die Kritiker, die sich in grosser Zahl zu Wort meldeten? Toggweiler, der sich schon vergeblich gegen das CRG gewehrt hatte, fragte, ob denn der Kanton «das Verwaltungsvermögen im Stil der UBS bewerten» wolle. Matthias Hauser (svp., Hüntwangen) vermutete, mit einer «fiktiven Eigenkapitalerhöhung» wolle sich der Regierungsrat davor drücken, die strukturellen Finanzprobleme des Kantons zu lösen. Jorge Serra (sp., Winterthur) erinnerte daran, dass fast alle anderen Kantone ein anderes Regelwerk für die Rechnungslegung anwenden wollen. Führe der Kanton IPSAS ein, wachse der Druck auf die Gemeinden, dies auch zu tun. Und Markus Bischoff (al., Zürich) vermutete wie EDU-Sprecher Heinz Kyburz, mit IPSAS solle der Kanton vorbereitet werden für Auslagerungen und Privatisierungen. Es sei ja kein Zufall, dass das Regelwerk vor allem in angelsächsischen Ländern angewendet werde. Dass IPSAS es aus Gründen der Transparenz verunmöglicht, wie bisher stille Reserven anzulegen und so den Rechnungsabschluss politisch zu beeinflussen, führte Bischoff gar zur Aussage: «Wir delegieren die Finanzpolitik an die IPSAS-Zentrale an der Fifth Avenue in New York.»

Linke gegen «Oberlinke»

Aufseiten der Befürworter wunderte sich die Sozialdemokratin Regula Götsch (Kloten) über die «lieben Oberlinken», die nun plötzlich ein Loblied auf stille Reserven singen – die Linke habe diese immer als Mittel der Budgetkosmetik kritisiert. Rolf Walther (fdp., Zürich) betonte: «Mit IPSAS wird uns gezeigt, was wirklich vorhanden ist.» Es könne ja nicht stimmen, dass der Kanton bei einem Umsatz von rund 11 Milliarden Franken ein Eigenkapital von nur 2 Milliarden ausweise. Natalie Vieli (gp., Zürich) warnte davor, dem neuen Regelwerk zu viel politische Bedeutung zuzumessen.

Finanzdirektorin Ursula Gut (fdp.) wehrte sich gegen den Vorwurf, der Kantonsrat habe künftig bei Änderungen des Regelwerks nichts mehr zusagen; vielmehr könne er mit Vorstössen Einfluss nehmen. Auch habe der Entscheid keine Auswirkungen auf die Gemeinden; diese könnten sich problemlos für ein anderes Modell entscheiden. Schliesslich stellte Gut die – rhetorisch gemeinte – Frage, ob sich der grösste Wirtschaftsstandort der Schweiz eine andere Art der Rechnungslegung überhaupt leisten könne – eine, die «nicht zeitgemäss und transparent» sei.

die Sitzung im Überblick

Mundart im Kindergarten. Ein EVP-Postulat verlangt, dass die Mundart nicht aus dem Kindergarten verdrängt wird. Der Rat hat es mit 73 Stimmen für dringlich erklärt.

Rechnungslegung. Mit 98 zu 73 Stimmen hat der Rat die Einführung des Regelwerkes IPSAS für die kantonale Rechnungslegung beschlossen.

Pensionskasse des Staatspersonals. Bei einer Enthaltung sagten 148 Kantonsräte Ja dazu, dass die Statuten der Pensionskasse des Staatspersonals geändert werden. Die Risikobeiträge werden gesenkt, weil der Kasse mit der Einführung des Case Management weniger Kosten entstehen sollen.

Erneuerbare Energie. Der Kantonsrat hat vier Vorstösse vorläufig unterstützt, darunter zwei Behördeninitiativen der Stadt Zürich, und zwar mit 81, mit 80 und zweimal mit 79 Stimmen. In den Vorstössen werden schärfere Vorschriften verlangt mit dem Ziel, den Anteil erneuerbarer Energien bei Neubauten und Sanierungen zu erhöhen.

Der Fall Schmid. In einer Fraktionserklärung kritisierte die SP SVP-Kantonsrat Claudio Schmid. Dieser hatte ein Telefongespräch mit einem Verwahrten geführt und es veröffentlicht, um Vorwürfe gegen Justizdirektor Markus Notter (sp.) erheben zu können. Schmid habe seine Funktion als Kantonsrat dazu missbraucht, einem Verwahrten Hoffnung auf Vollzugslockerungen zu machen. SVP-Fraktionschef Alfred Heer wies die Kritik zurück. kg.

► **Kantonsrat:** Sprachenstreit im Kindergarten

[http://www.nzz.ch/nachrichten/zuerich/sprachenstreit_im_kindergarten_1.687006.html]

Link:

http://www.nzz.ch/nachrichten/zuerich/sprachenstreit_im_kindergarten_

Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter:

http://www.nzz.ch/nachrichten/zuerich/der_kanton_zuerich_wird_reicher__zumindest_auf_dem_papier_1.686961.html

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG

Alle Rechte vorbehalten. Vervielfältigung oder Wiederveröffentlichung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von NZZ Online ist nicht gestattet.
